Druckindustrie : 10% Arbeitszeitverkürzung statt 10% Arbeitslose!

Autor(en): **Kreuzer, Roland**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): **- (1993)**

Heft 21: **Crisi Krise crise : Vorschläge der Gewerkschaften**

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-584270

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

10% ARBEITSZEITVERKÜRZUNG STATT 10% ARBEITSLOSE!

1992 wurden in der grafischen Industrie 7000 Arbeitsplätze abgebaut (rund 10%); im Mai 1993 zählte die Branche 4200 Arbeitslose (Quote von 6,6%) – 2500 davon aus den Berufen der technischen Herstellung von Drucksachen, was in diesem Bereich allein eine Arbeitslosenquote von etwa 8% ergibt. Vor diesem Hintergrund hat die Delegiertenversammlung der Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) im Juni für die 1994 beginnenden Gesamtarbeitsvertragsverhandlungen beschlossen, dass eine radikale Arbeitszeitverkürzung zur

VON ROLAND KREUZER

Umverteilung der Arbeit auf mehr Menschen im Zentrum stehen muss.
Arbeitszeitverkürzung in allen Formen ist angesagt: *Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden, 1 Woche mehr Ferien* (heutiger GAV: 5 Wochen für alle, 6 Wochen ab 50. Altersjahr) und *Freischichten* bei der sich ausbreitenden *Schicht- und Nachtarbeit, wahlweiser Bezug der Zuschläge in Freizeit* statt Geld (100% für Nacht und Sonntag, 40–50% für Schicht bis 24 Uhr), Regelungen für *vorzeitige ganze oder teilweise Pensionierung*, ein *Recht auf Teilzeitarbeit* und längere Unterbrüche der Arbeit mit Garantie zur Rückkehr an den vollen Arbeitsplatz.
Verstärkte *Weiterbildungsanstrengungen* und einen *Krisenartikel*, der Kündigungsfristen, Abgangsentschädigungen, Umschulung, Sozialpläne usw. bei Rationalisierungen, Betriebsschliessungen und sonstigem Personalabbau klarer regeln muss, ergänzen die Krisenbekämpfungsstrategie der GDP für die bevorstehenden Vertragsverhandlungen.

Allgemeinverbindlichkeit des GAV?

Zudem wurde beschlossen, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des nächsten GAV zu prüfen. Damit können die Unternehmer auf ihre Glaubwürdigkeit hin geprüft werden, gehört es doch zu deren Standardausrede, dass Forderungen nicht erfüllt werden können, weil sonst die Flucht aus dem Unternehmerverband und dem GAV einsetze. Eine wirksame, wenn auch defensive Massnahme gegen diese Flüchtlinge wäre tatsächlich die Allgemeinverbindlichkeit des GAV, auch wenn eine solche Forderung nicht zu den Traditionen der GDP gehört.
Noch stehen diese Forderungen nicht konkret, aber die Stossrichtung ist bestimmt, und bewusst ist, dass Arbeitsplätze nicht mit Arbeitszeitverlängerung oder Lohnreduktionen gesichert werden. Im Dezember wird eine ausserordentliche Delegiertenversammlung der GDP die Forderungsliste erstellen, die zudem noch mit den Lithografen und der christlichen SGG, die ebenfalls Vertragspartner sind, abgestimmt werden muss.

Auch die Unternehmer planen: Weniger Personal mit tieferen Löhnen!

Während die GDP der Arbeitslosigkeit den Kampf ansagen will, plant der Schweizerische Verband Grafischer Unternehmen (SVGU) die Steigerung der Arbeitslosenzahlen: Mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit zwischen 35 und 45 Stunden mit Ausgleich auf Jahresbasis würden sicher weitere 10% der Stellen zum Abschuss freigegeben, und gleichzeitig – quasi als geplanter «Nebeneffekt» – entfielen die Überstundenzuschläge. Die Streichung der Minimallöhne, die Abschaffung des automatischen Teuerungsausgleichs und die Kürzung der Zuschläge für Schicht-, Nacht- und Sonntagsarbeit ergänzen die «Entrümpelung des heutigen GAV», wie Rolf Balsiger, Ringier- und SVGU-Boss, diese Kahlschlagstrategie nennt. Aber keine Angst, persönlich ist er der Meinung, «das es für Unternehmer und Mitarbeiter vorteilhaft ist, einen GAV abzuschliessen. Denn ein GAV ist Ausdruck funktionierender Sozialpartnerschaft und sichert den Arbeitsfrieden auch in schwierigen Zeiten.»
Nur können Menschen mit aufrechtem Gang nie einen GAV à la SVGU unterschreiben! Der Konflikt scheint also vorprogrammiert zu sein.

Arbeitszeitverkürzung mit Lohnreduktion?

Priorität muss auf jeden Fall die Senkung der Arbeitszeit haben, denn anders wird die Arbeitslosigkeit nicht wegzubringen sein. Angesichts der zu erwartenden Mobilisierungsschwierigkeiten müssen meiner Ansicht nach, was den Lohnausgleich betrifft, auch Kompromisse eingegangen werden: Betriebe, die nachweislich mehr Leute beschäftigen, wenn die Arbeitszeit verkürzt wird, dürfen die Hälfte der Reduktion auf die Löhne abwälzen (Lohnreduktion von 6,25% beim Übergang von 40 auf 35 Stunden), wobei Löhne unter 4500 Franken unantastbar bleiben müssen. Bringen wir die Arbeitslosigkeit auf diese Weise hinunter, sind auch Lohnerhöhungen kein «Tabu» mehr!
Aufgrund der Reaktionen unserer KollegInnen in Fällen, in denen wir mit diesem Modell Entlassungen verhindern wollten, stimmen mich optimistisch. Dieser Solidaritätsgedanke mit den gegenwärtigen und den zukünftigen Arbeitslosen fällt in unseren Reihen auf guten Boden. Stur stellen sich allerdings die Unternehmer: Ihnen ist ein grosses Arbeitslosenheer, das auf die Löhne drückt, viel lieber. Die sozialen Folgen können ja abgewälzt werden!
Da auch die JournalistInnen noch keinen neuen GAV haben (im Juli haben sie die Verhandlungen abgebrochen), wächst die Möglichkeit für einen aktiven, aktionsbetonten Schulterschluss zu einer für JournalistInnen und technisches Personal erfolgreichen Strategie. So würden am Ende starrköpfige Zeitungs- und Druckunternehmer noch zu Geburtshelfern einer Mediengewerkschaft! ■